Zum Marktwirtschaftsstatus Chinas – Eine summarische Bestandsaufnahme des Diskussionsstands

Madeleine Martinek¹

Abstract

Im Jahr 2001 trat die Volksrepublik China der Welthandelsorganisation (WTO) bei. Innerhalb von 15 Jahren stieg China zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner für die EU auf. Doch strenge Beitrittsbedingungen in Form von Marktzugangsverpflichtungen bestimmen den Charakter und die Komplexität von Chinas Rolle in der WTO. Besondere Beachtung verdient hier das „Protokoll über den Beitritt der Volksrepublik China zur WTO“ (WTO-Beitrittsprotokoll), das neben der Festsetzung zusätzlicher Marktzugangsverpflichtungen auch die Grundlage dafür bildete, China die Behandlung als Marktwirtschaft in EU-Antidumpingverfahren zu versagen. Der entsprechende Passus im WTO-Beitrittsprotokoll lief am 11. Dezember 2016 aus. China will offiziell als Marktwirtschaft anerkannt werden und bewirkte im April 2017 die Errichtung eines Streitschlichtungspanels bei der WTO zur Klärung der Frage, ob die EU mit der in der Antidumping-Grundverordnung nach wie vor geltenden Regelung, China nicht als Marktwirtschaft zu behandeln, gegen WTO-Recht verstößt. Der vorliegende Beitrag bietet eine Bestandsaufnahme über den Diskussionsstand zur Frage der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China und widmet sich den jüngsten Reformen im EU-Antidumpingrecht.

I. Einführung

China dominiert mittlerweile den Solarenergie- und Stahlsektor. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat China eine gewaltige Stahlproduktion geschaffen, die jedoch bedingt durch das schwächelnde Wirtschaftswachstum in China und die daraus resultierende sinkende Stahlnachfrage am chinesischen Markt zu Überkapazitäten führte.² Um die Wirtschaft der EU-Staaten vor Einfuhren unterpreisiger Waren zu schützen, ist die Europäische Kommission gem. Artikel VI GATT 1994 berechtigt, gegen solche Formen von Wettbewerbsverzerrungen mit Ausgleichszöllen vorzugehen.³ Bei der Verhängung solcher Antidumpingzölle gestattete Artikel 15 (a) (ii) des WTO-Beitrittsprotokolls aus dem Jahr 2001 den WTO-Mitgliedern, China als Nicht-Marktwirtschaftsland zu behandeln, d. h., die Höhe eines Antidumpingzolls auf andere Weise als auf Basis

der Preise oder Kosten in China zu berechnen.⁴ Diese Berechnungsmethode führte regelmäßig zu höheren Dumpingspannen.⁵ Am 11. Dezember 2016, also genau 15 Jahre nach dem WTO-Beitritt Chinas, trat die WTO-rechtliche Sonderregelung des Artikel 15 (a) (ii) des Beitrittsprotokolls gem. Artikel 15 (d) außer Kraft.⁶ Die EU befindet sich in einem Dilemma: Auf der einen Seite will sie weiterhin gedumpten Einfuhren effektiv entgegenzutreten können. Auf der anderen Seite müssen die guten Handelsbeziehungen zu China gewahrt bleiben.

¹ LL.M. (Göttingen), LL.M. oec. (Nanjing). Die Autorin ist Doktorandin im chinesischen Recht bei Herrn Prof. Peter-Tobias Stoll an der Universität Göttingen und derzeit Rechtsreferendarin am Kammergericht Berlin.

² Florian Wolf, Die Zukunft der Antidumpingzölle auf Stahlprodukte aus China – Entscheidende Weichenstellungen für die europäische Stahlindustrie, in: Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern 2016, S. 166; ZHANG Tong, Das neue chinesische Antidumpingrecht nach dem Beitritt zur WTO, in: Zeitschrift für Chinesisches Recht 2004, S. 153.

³ Zur Funktion von Artikel VI GATT als Schutz gegen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen siehe näher Peter-Tobias Stoll, Die WTO: Neue Welthandelsorganisation, neue Welthandelsordnung – Ergebnisse der Uruguay-Runde des GATT, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1994, S. 296 f.

⁴ Article 15 (a) (ii) des WTO-Beitrittsprotokolls Chinas lautet: *The importing WTO Member may use a methodology that is not based on a strict comparison with domestic prices or costs in China if the producers under investigation cannot clearly show that market economy conditions prevail in the industry producing the like product with regard to manufacture, production and sale of that product.*

⁵ Hierzu Georg Berrisch, Die zukünftige Behandlung Chinas in EU-Antidumpingverfahren, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2016, S. 881; Jochem de Kok, The Future of EU Trade Defence Investigations against Imports from China, in: Journal of International Economic Law 2016, S. 519.

⁶ Article 15 (d) lautet: *Once China has established, under the national law of the importing WTO Member, that it is a market economy, the provisions of subparagraph (a) shall be terminated provided that the importing Member's national law contains market economy criteria as of the date of accession. In any event, the provisions of subparagraph (a) (ii) shall expire 15 years after the date of accession. In addition, should China establish, pursuant to the national law of the importing WTO Member, that market economy conditions prevail in a particular industry or sector, the non market economy provisions of subparagraph (a) shall no longer apply to that industry or sector.*

II. Die Bedeutung des Marktwirtschaftsstatus im Antidumpingverfahren

Gemäß Artikel 2.1 WTO-Antidumping-Übereinkommen von 1994⁷ liegt Preisdumping vor, wenn Waren eines Landes unter ihrem normalen Wert auf den Markt eines anderen Landes gebracht werden. Der „normale Wert“ ist definiert als „der vergleichbare Preis einer gleichartigen Ware im normalen Handelsverkehr, die zur Verwendung im Ausfuhrland bestimmt ist.“⁸ Zur Feststellung von Dumping müssen also grundsätzlich die Preise der betroffenen Ware im Ausfuhrland (Normalwert) mit dem Ausfuhrpreis verglichen werden. Die Höhe der Antidumpingzölle richtet sich nach der feststellbaren Dumpingspanne, die sich aus der Differenz zwischen dem Normalwert und dem Ausfuhrpreis ergibt. Der Begriff des „normalen Handelsverkehrs“ ermöglicht den Vergleich zwischen zwei Märkten oder Ländern und damit die Untersuchung, ob ein fairer Wettbewerb zwischen den importierten und einheimischen Waren besteht.⁹ Der Vergleich im Rahmen eines „normalen Handelsverkehrs“ beruht auf der Prämisse, dass es sich bei dem Export- und dem Importland um funktionierende Marktwirtschaften handelt.¹⁰ Diese Berechnungsgrundsätze, d. h. die Ermittlung des Normalwerts anhand der im Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes erzielbaren Preise, sind daher kein geeigneter Maßstab für Ausfuhrländer, in denen es an einer freien Preisbildung fehlt, die also keine Marktwirtschaften sind.¹¹ Dies ist auch in Paragraph 1 Abschnitt 2 von Artikel VI im Annex I des GATT anerkannt. Diese Vorschrift enthält aber keine Angaben zur Ausgestaltung der „Sonderbehandlung“ von Ländern ohne Marktwirtschaftsstatus, sondern überlässt dies dem Regelungsspielraum der einzelnen Mitgliedstaaten. Gem. Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) liegt die Entscheidung über handelspolitische Schutzmaßnahmen im Fall von Dumping bei der EU. Die Vorschrift des Artikel 2 Abs. 7 b) S. 2 der europäischen Antidumping-Verordnung (im Folgenden Antidumping Grundverordnung)¹² sieht für die Prüfung von Dumping bei Einfuhren aus der VR China vor, dass chinesische Exportpreise nicht mit chinesischen Inlandspreisen, sondern mit Inlandspreisen aus einem marktwirtschaftlichen Drittland verglichen werden. Dieser Vergleich führt regelmäßig zu einer höheren Dumpingspanne als bei Ländern mit Marktwirt-

schaftsstatus.¹³ Allerdings hat jeder Ausführer der in Artikel 2 Abs. 7 b) der Antidumping Grundverordnung genannten Staaten, einschließlich China, vor der Anwendung der eben beschriebenen Surrogat- oder Drittland-Methode¹⁴ die Möglichkeit, die Feststellung marktwirtschaftlicher Bedingungen im Einzelfall zu beantragen, Artikel 2 Abs. 7 b) S. 1. Hierfür muss der Antragssteller beweisen, dass er die folgenden, in Artikel 2 Abs. 7 c) der Antidumping Grundverordnung aufgeführten, marktwirtschaftlichen Kriterien erfüllt:

- Die Unternehmensentscheidungen bzgl. Preise, Kosten etc. beruhen auf der Grundlage von Marktsignalen
- Die Unternehmen verfügen über eine klare Buchführung
- Die Produktionskosten und die finanzielle Lage der Unternehmen sind nicht infolge des früheren nichtmarktwirtschaftlichen Systems nennenswert verzerrt
- Die Unternehmen sind an Eigentums- und Insolvenzvorschriften gebunden, die Rechtssicherheit gewährleisten
- Die Währungsumrechnungen erfolgen zu Marktkursen

Aufgrund der hohen Anforderungen an die Geschäftstätigkeit der Antragssteller wird grundsätzlich kein Antrag auf Marktwirtschaftsbehandlung gestellt.¹⁵

III. Auslegung des Artikel 15 des WTO-Beitrittsprotokolls

Die WTO-rechtliche Grundlage für die Klassifizierung Chinas als Nicht-Marktwirtschaft und die daraus resultierende Anwendung der Drittlandmethode bei der Berechnung der Dumpingspanne findet sich in Artikel 15 des WTO-Beitrittsprotokolls. Artikel 15 (a) (ii) berechtigt die WTO-Mitglieder eigenständig zu bestimmen, welche Methodik zur Berechnung der Dumpingspannen angewendet werden soll, falls die betroffenen chinesischen Hersteller nicht klar nachweisen können, dass in ihrem Wirtschaftszweig hinsichtlich der Herstellung, Produktion und des Verkaufs der Ware marktwirtschaftliche Bedingungen herrschen. Diese Vorschrift erlaubt also der EU, bei der Prüfung von Dumping auf Berechnungsmethoden zurückzugreifen, die sich nicht an den inländischen chinesischen Vergleichspreisen orientieren, sondern an Inlandspreisen aus anderen Drittstaaten mit Marktwirtschaftsstatus.¹⁶ Ab dem 11. Dezember 2016 trat Artikel 15 (a) (ii)

⁷ Agreement on Implementation of Article VI of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994.

⁸ Diese Definition ergibt sich aus Artikel VI Abs. 1 S. 2 (a) GATT.

⁹ Christian Tietje/Karsten Nowrot, Myth or Reality? China's Market Economy Status under WTO Anti-Dumping Law after 2016 in: Policy Papers on Transnational Economic Law, No. 34, 2011, S. 3.

¹⁰ Florian Wolf (Fn. 2), S. 167.

¹¹ Ibid.

¹² Verordnung 2016/1036 des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern.

¹³ Sophia Müller, China's Beitrittsprotokoll zur WTO – eine Zwischenbilanz, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2016, S. 295.

¹⁴ Zum Begriff der *surrogate oder analogue country method* siehe Christian Tietje/Karsten Nowrot (Fn. 9), S. 4.

¹⁵ Florian Wolf (Fn. 2), S. 168.

¹⁶ Alexander Sandkamp/Erdal Yalcin, Chinas Marktwirtschaft und die Anti-Dumping Gesetzgebung der EU, ifo Schnelldienst 2016, Nr. 4, S. 50.

außer Kraft. Lange war die EU unentschlossen, wie sie auf das zähe Ringen um Chinas Marktwirtschaftsstatus reagieren sollte. Die Debatte um die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China ist geprägt von der zentralen Frage, welche Rechtsfolgen das Außerkrafttreten des besagten Passus nach sich zieht.¹⁷ Basierend auf unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten des Artikel 15 haben sich verschiedene Lösungsansätze herauskristallisiert, wie Einfuhren aus China ab Ende des Jahres 2016 zu behandeln sind.

1) Die chinesische Lesart – Automatische Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus

Nach Ansicht der chinesischen Regierung und einer Reihe chinesischer Wissenschaftler sei China nicht länger bereit, eine Sonderbehandlung als Land ohne Marktwirtschaft in Bezug auf Antidumpingzölle zu erfahren und somit wesentlich höheren Antidumpingzöllen ausgesetzt zu sein als bei einer Berechnungsmethode, bei der chinesische Inlandspreise für die Bestimmung des Normalwerts herangezogen werden.¹⁸ China habe sich, so betonen chinesische Wissenschaftler, in das multilaterale Handelssystem durch die Übernahme von internationalen Normen und Praktiken integriert.¹⁹ Seit 1978 seien umfangreiche Reformen in Bereichen der Wirtschaft und des Rechtssystems durchgeführt worden. China habe ein seit Jahren anhaltendes enormes Wirtschaftswachstum von 7% zu verzeichnen und sei ein international attraktiver Investitionsstandort.²⁰ Jahrzehntlang habe sich China bemüht und dafür gekämpft den internationalen Standards zu genügen – mit beachtlichem Erfolg. Durch die Verhängung massiver Antidumpingzölle, basierend auf einer „unfairen“ Vergleichsmethode, würden die chinesischen Unternehmen benachteiligt.²¹ Durch das Außerkrafttreten des Artikel 15 (a) (ii) fehle es an einer ausreichenden Rechtsgrundlage für das Abweichen von der in Artikel VI des GATT 1994 aufgeführten allgemeinen Berechnungsmethode.²² Gerade jetzt, wo die Weltwirtschaft schwächele, sei eine enge Kooperation zwischen China und der EU erforderlich, um

sich gegenseitig zu ergänzen und in Krisenzeiten erfolgreich zu bestehen.²³

2) Enge Auslegung

Gegen die automatische Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus Chinas spreche, dass weder das Beitrittsprotokoll noch die WTO-Übereinkommen eine „deadline“ für die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft vorsehen.²⁴ Vielmehr sei explizit nur Artikel 15 (a) (ii) außer Kraft getreten, die übrigen Absätze blieben bestehen und damit auch Unterabs. (a) (i), der den chinesischen Herstellern Marktwirtschaftbehandlung garantiert, sofern sie darlegen und beweisen können, dass sie marktwirtschaftliche Kriterien erfüllen. Artikel 15 (a) (i) betreffe also eine Situation, bei der China von mindestens einem WTO-Mitglied als Nichtmarktwirtschaft angesehen wird.²⁵ Der Rückgriff auf alternative Berechnungsmethoden in nicht-marktwirtschaftlichen Situationen sei nach dem Chapeau von Artikel 15 also weiterhin zugelassen.²⁶ Auch sei aus Sicht der EU die Frage, ob China den Status einer Marktwirtschaft innehat, eine technische Frage, die sich nach EU-Recht bestimme.²⁷ Die Zuerkennung eines Marktwirtschaftsstatus richtet sich im EU-Recht nach den in Artikel 2 Abs. 7 c) der Antidumping Grundverordnung aufgeführten fünf Kriterien (s. o.). Zwar ist zutreffend, dass China als sozialistische Marktwirtschaft mit chinesischen Charakteristika seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik beachtliche Fortschritte im Aufbau eines funktionsfähigen Rechtssystems erzielte, das zur Ankurbelung ausländischer Investitionen notwendig ist.²⁸ Doch sind die in Artikel 2 Abs. 7 c) niedergelegten marktwirtschaftlichen Kriterien bei chinesischen Herstellern in der Regel nicht erfüllt: Noch immer beherrschen Undurchsichtigkeit, eingeschränkte Marktzugangskapazitäten und Staatsunternehmen die chinesische Wirtschaft.²⁹ Nach Ansicht des Europäischen Parlaments dürfen die Einfuhren aus China, solange China die für den Marktwirtschaftsstatus geltenden fünf Kriterien nicht erfüllt hat, nicht nach der WTO-Standardmethode behandelt werden.³⁰

²³ N. N., For Mutual Prosperity – Editor's desk, in: Beijing Review 2016, Nr. 21.

²⁴ Bernard O'Connor, Market economy status for China is not automatic, 27.11.2011, <<http://voxeu.org/article/china-market-economy>>, eingesehen am 05.08.2017.

²⁵ Christian Tietje/Karsten Nowrot (Fn. 9), S. 8.

²⁶ Zur Auseinandersetzung mit der Ansicht Bernard O'Connors siehe auch Sophia Müller (Fn. 13), S. 295 sowie Jochem de Kok (Fn. 5), S. 526. Bernard O'Connor (Fn. 24).

²⁸ Vgl. BU Yuanshi, Einführung in das Recht Chinas, München 2009, S. 2 ff.

²⁹ Europäisches Parlament, Handelsbeziehungen EU-China, 2011, S. 6, <[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/433861/EXPO-INTA_ET\(2011\)433861_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/433861/EXPO-INTA_ET(2011)433861_DE.pdf)>, eingesehen am 26.7.2017; BDI-Position zur Frage des Marktwirtschaftsstatus China, 20. Juli 2016, S. 1, <http://bdi.eu/media/user_upload/20160720_BDI-Position_MWS_China.pdf>, eingesehen am 5.8.2017.

³⁰ Europäisches Parlament, Marktwirtschaftsstatus für China: EU-Jobs und fairen Wettbewerb schützen, 12. Mai 2016, <<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160504IPR25859/marktwirtschaftsstatus-f%C3%BCr-china-eu-jobs>>

¹⁷ Barbara Barone, Nur noch ein Jahr – Die Zuspitzung der Debatte über die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China, Dezember 2015, S. 13–19, <[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/570453/EXPO_IDA\(2015\)570453_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/570453/EXPO_IDA(2015)570453_DE.pdf)>, eingesehen am 21.07.2017; GU Deming/YANG Li, China's market economy status and the European interest (中国市场经济地位及欧洲的利益), Social Sciences Abroad (国外社会科学) 2016, S. 155.

¹⁸ WU Haowen, Market economy status for China in sunset reviews: The US case studies in: China Legal Science 2015, Nr. 6, S. 124 f.

¹⁹ LI Zhongzhou, China's indisputable market economy status (中国市场经济地位不容置疑), WTO guide (WTO 经济导刊) 2016, Nr. 2, S. 62; XUE Rongjiu, No threshold for free trade, Beijing Review 2016, S. 35.

²⁰ Ibid.

²¹ RAO Weijia, China's market economy status under WTO Antidumping Law after 2016, in: Tsinghua China Law Review 2013, S. 253 f.; Mathieu Rémond, The EU's refusal to grant China 'Market Economy Status' (MES), in: Asia Europe Journal 2007, S. 346, 350.

²² Barbara Barone (Fn. 17), S. 16.

3) Beweislastumkehr

Ferner wird die Ansicht vertreten, Artikel 15 (a) (ii) des Beitrittsprotokolls stelle eine Beweislastregel dar.³¹ Bisher müssen beklagte chinesische Unternehmen in einem Antidumping-Verfahren nachweisen, dass in ihrem Sektor in China marktwirtschaftliche Verhältnisse herrschen. Wenn dieser Nachweis nicht geführt werden kann, ist die Surrogatland-Methode anzuwenden. Bis zum 11. Dezember 2016 bestand demnach eine widerlegbare Vermutung dahingehend, dass im betroffenen Wirtschaftszweig Chinas keine marktwirtschaftlichen Bedingungen herrschen.³² Es sei unwahrscheinlich und nicht nachvollziehbar, dass die widerlegbare Vermutung, China habe keinen Marktwirtschaftsstatus inne, mit Stichtag am 11. Dezember 2016 durch eine unwiderlegbare Vermutung für einen solchen Status ersetzt worden sei.³³ Denn dies müsste zu der Annahme führen, China habe quasi „über Nacht“ einen Marktwirtschaftsstatus erlangt. Vielmehr sei mit Außerkrafttreten des Artikels 15 (a) (ii) eine Beweislastumkehr eingetreten: Die EU dürfe die Surrogatland-Methode weiter anwenden, müsse aber zuvor darlegen und beweisen, dass das beklagte chinesische Unternehmen nicht unter marktwirtschaftlichen Bedingungen produziert.³⁴

IV. Reaktionen der EU

Anlässlich der Debatte über die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China drängte der Europäische Rat bereits Anfang des Jahres 2016 auf eine allgemeine Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU.³⁵ Unabhängig von einer expliziten Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus reichte China am 12. Dezember 2016 kurz nach Auslaufen der Übergangsregelungen im Beitrittsprotokoll bei der WTO Klage gegen die EU ein.³⁶ Nach Auffassung der chinesischen Regierung verstoße die EU mit der in der Antidumping-Grundverordnung nach wie vor geltenden Regelung, zur Berechnung des Normalwerts bei Antidumping-Verfahren im Fall Chinas die Surrogatlandmethode anzuwenden und damit China nicht als Marktwirtschaft zu behandeln, gegen WTO-Recht.³⁷ Nachdem durch die am 23. Januar 2017 durchgeführten

Konsultationsverhandlungen zwischen den Streitparteien keine Lösung erzielt wurde,³⁸ bewirkte China am 3. April 2017 die Errichtung eines Panels, also eines Schiedsgerichts, zur Klärung der Frage der WTO-Kompatibilität der europarechtlichen Antidumping-Berechnungsmethoden im Hinblick auf die VR China.³⁹ Mit einer Entscheidung ist nicht vor Beginn des Jahres 2018 zu rechnen.

Die Europäische Kommission ist bestrebt, zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung ein neues WTO-kompatibles System zur Berechnung von Dumping eingeführt zu haben.

Bereits am 9. November 2016 hatte die Kommission dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament einen Reformvorschlag zu Änderungen der Berechnungsmethode von Dumping unterbreitet.⁴⁰ Die bisherige Drittland- oder Surrogatlandmethode, geregelt in Artikel 2 Abs. 7 der Antidumping Grundverordnung, soll durch die sog. Produktionsfaktoren-Methode ersetzt werden.⁴¹ Vergleichsmaßstab sollen grundsätzlich die Inlandspreise des jeweiligen WTO-Mitgliedstaates sein. Auf die heikle Einordnung als Marktwirtschaft kommt es nicht länger an.⁴² Vielmehr soll statt eines Preisvergleichs zwischen Gütern aus markt- und nichtmarktwirtschaftlichen Staaten nun unabhängig vom Produktionsstaat der Einfluss marktverzerrender Produktionsfaktoren (Herstellungs- und Verkaufskosten) untersucht und auf diese Weise ein fairer Wettbewerb gewährleistet werden.⁴³ Anhand von Berichten, die über die genauen Gegebenheiten eines Marktes in einem bestimmten Land oder Sektor Auskunft geben, soll geprüft werden, ob die Preise und Kosten im Ausfuhrland für einen Vergleich mit dem Ausfuhrpreis geeignet sind.⁴⁴ Bei nennenswerten Verzerrungen der Inlandspreise durch staatliche Eingriffe, was die EU-Kommission nachweisen müsste,

//g8fip1kplyr33r3krz5b97d1.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2017/03/516-9.pdf>, eingesehen am 15.8.2017.

³⁸ Ibid.; ein WTO-Streitschlichtungsverfahren wird dadurch eingeleitet, dass ein Mitgliedstaat von einem anderen Mitgliedstaat verlangt, über einen behaupteten Vertragsverstoß Verhandlungen aufzunehmen, siehe Artikel 4 des Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes (DSU), Artikel XXII GATT. Bleiben die Konsultationen erfolglos, kann die beschwerdeführende Partei die Einsetzung eines Panels beantragen, Artikel 4 Abs. 7 DSU, Artikel 17.4 WTO-Antidumping-Übereinkommen von 1994 (s. Fn. 7).

³⁹ WTO, Panels established to review EU dumping methodologies, Indian steel safeguard, v. 3.4.2017, <https://www.wto.org/english/news_e/news17_e/dsb_03apr17_e.htm>, eingesehen am 15.8.2017; China behauptet, die Vorschrift des Artikel 2 Abs. 7 der Antidumping Grundverordnung sei unvereinbar mit Artikel 2.1 und 2.2 WTO-Antidumping-Übereinkommen von 1994 und mit Artikel VI GATT.

⁴⁰ Europäische Kommission – factsheet vom 9.11.2016, Kommission schlägt Änderungen der EU-Antidumping- und Antisubventionsvorschriften vor, <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-3605_de.htm>, eingesehen am 15.8.2017.

⁴¹ Merics China Update 2016, Nr. 15, S. 8, <http://www.merics.org/fileadmin/user_upload/downloads/China-Update/MERICCS_China_Update_15_2016.pdf>, eingesehen am 15.8.2017.

⁴² Adrian Loets, Kein „Marktwirtschaftsstatus“ für China?, in: Export Manager, November 2016, S. 22.

⁴³ Ibid.; Europäische Kommission – factsheet vom 9.11.2016 (Fn. 40).

⁴⁴ Ibid.

und-fairen-wettbewerb-sch%C3%BCtzen>, eingesehen am 5.8.2017; Mathieu Rémond (Fn. 21), S. 352.

³¹ Jorge Miranda, Interpreting Paragraph 15 of China's Protocol of Accession, in: Global Trade and Customs Journal 2014, S. 102.

³² Ibid.

³³ Ibid.

³⁴ Ibid., S. 103.

³⁵ Wie aus der Pressemitteilung vom 16.3.2016 hervor geht (<http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-804_de.htm>, eingesehen am 7.7.2017), schlug die Europäische Kommission vor, das Antidumpingverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie die Einfuhr von Stahlzeugnissen zu überwachen. Dies wurde in der Durchführungsverordnung Nr. 2016/670 umgesetzt.

³⁶ WTO, China files WTO complaint against US, EU over price comparison methodologies, v. 12.12.2016, <https://www.wto.org/english/news_e/news16_e/ds515_516rfc_12dec16_e.htm>, eingesehen am 15.8.2017.

³⁷ WTO, European Union – Measures related to price comparison methodologies, WT/DS516/9, v. 10.3.2017, <http://

können statt der inländischen Preise und Kosten andere Vergleichswerte als Referenzwert zur Berechnung des Dumpings herangezogen werden, zum Beispiel internationale Preise und Benchmarks oder Herstellkosten und Verkaufspreise in einem repräsentativen Drittstaat mit ähnlichem Entwicklungsstand.⁴⁵ Die Anwendung alternativer Berechnungsmethoden ist also nur zulässig, wenn die Marktverzerrungen anhand der länder- und sektorspezifischen Berichte nachgewiesen wurden. Am 3. Mai 2017 einigten sich die Vertreter aller EU-Mitgliedstaaten auf die am 9. November 2016 ausgearbeitete länderneutrale Methode zur Berechnung des Dumpings, über deren Einführung dann auch am 11. Mai 2017 der Rat der EU-Handelsminister Einigung erzielte.⁴⁶ Es wurde außerdem zu einem raschen Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufgerufen.

⁴⁵ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1036 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern und der Verordnung (EU) 2016/1037 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern, S. 2, <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0721&from=DE>>, eingesehen am 15.8.2017.

⁴⁶ Rat (Auswärtige Angelegenheiten), Neue Antidumping-Methode, v. 11.5.2017, <<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2017/05/11/>>, eingesehen am 15.8.2017.

V. Ausblick

Das Außerkrafttreten von Artikel 15 (a) (ii) des WTO-Beitrittsprotokolls sorgt zweifellos für Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und China. Für die EU scheidet eine automatische Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus Chinas aus. Die zuletzt beschriebene Gesetzesänderung zur Einführung der länderneutralen Produktionsfaktoren-Methode zeigt aber, dass die EU bestrebt ist, durch Verbesserung handelspolitischer Instrumentarien die Situation zu beschwichtigen und eine Kompromisslösung zwischen der Aufrechterhaltung des derzeitigen Schutzniveaus auf der einen Seite und der Vermeidung eines Handelskonflikts zwischen EU und China auf der anderen Seite zu finden.⁴⁷ Allerdings bleibt abzuwarten, ob der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Antidumping Grundverordnung eine grundlegende Änderung des status quo mit sich bringen wird: Zwar wird die VR China bei nach Inkrafttreten der Neuregelung eingeleiteten Antidumping-Untersuchungen mit allen anderen WTO-Staaten gleich behandelt. Doch kommt auch hier die Heranziehung einer anderen Berechnungsmethode in Betracht, wenn Verzerrungen vorliegen, die das freie Spiel der Marktkräfte beeinträchtigen. Das Bestehen von Marktverzerrungen muss aber erst nachgewiesen werden, was sich bei dem eher intransparenten chinesischen Markt als schwierig herausstellen könnte. Zumindest ist mit dem Gesetzesänderungsvorschlag der Europäischen Kommission, mögen seine Auswirkungen noch unklar sein, ein Ende des jetzigen Schwebezustands in Sicht.

⁴⁷ Adrian Loets (Fn. 42), S. 22 f.

* * *

China's market economy status – A summary of the present state of discussion

In 2001, China joined the World Trade Organization (WTO). Within fifteen years China became one of the major trading partners for the European Union (EU). However, since China was still in the process of economic transformation, moving from a planned economy to one integrating market economy elements, section 15 (a) (ii) of China's Accession Protocol to the WTO allowed other WTO member states, including the EU, more flexibility in imposing anti-dumping tariffs on Chinese exports. In December 2016, the relevant provision of China's Accession Protocol expired. Consequently, China has demanded that it be treated as a market economy and has initiated a complaint at the WTO challenging EU measures related to the non-market economy methodology used in anti-dumping investigations. This article explores the current debate on the question of granting market economy status to China and also focuses on recent reforms in the EU's anti-dumping legislation.